Neue Freie Presse
29./IV. 1917

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Wien, Sonntag, den 29. April 1917.

K. 25, viertelj. K. 13. Mit Zust. zweimal. Postversend. Ganzj. K. 72, halbj. K. 36, viertelj. K. 18.

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig:

Bei uns (Kreuzband-Versendung): Deutschland, Serbien K. 24, f. Staaten des Weltpostvereines K. 22.

Bei den Postämtern in Deutschland M. 21.16, Schweiz Fr. 13.50, Belgien Fr. 15.95, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 15.90, Serbien Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 15.85, Russland R. 5.50, Griechenland (z. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen od. k. k. Zeitgs.-Exp. in Triest) K. 15.02, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 18.40, Asiat. Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.64, Dänemark Kr. 11.36, Schweden Kr. 11.20, Norwegen Kr. 10.56, Finnland M. 13.10, Holland F. 9.—. Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 25.60, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.60; England: Barbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Stegis & Co., London E. C. 129, Leadenhall Street Pld. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. B. Siechert, 151—155 West 25 th St., L. A. Rosswag, 87, Second Avenue in Newyork, Doll. 5.40. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

☞ **Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse" erscheint Montag nachmittags.**

Das Handschreiben des Kaisers an den ungarischen Ministerpräsidenten.

Wahlreform, sozialpolitische Fortschritte und keine Aenderung des Kabinetts.

Wien, 28 April.

Der Kaiser hat sich in dem Handschreiben an den Grafen Stephan Tisza für die Erweiterung des Wahlrechtes ausgesprochen. Er hat den Krieg gesehen, die Erhabenheit in der Pflichterfüllung des einfachen Mannes, die Gefahren der Schlacht sowie das Leiden und Sterben. Die Politik der Zukunft wird überall von den Rückkehrenden, die aus dem Schützengraben in die Heimat kommen, ausgehen müssen. Keiner von unseren Soldaten dürfte ohne Erweiterung des Gesichtskreises, ohne neue Ueberzeugungen und ohne stärkere Ansprüche an die Gesellschaft nach dem Abschlusse des Friedens das Gewehr von der Schulter nehmen, die Uniform ausziehen und das bürgerliche Kleid anlegen. Der Kaiser hat die Voraussicht, daß die soziale Politik in einen weiteren Rahmen werde gefaßt werden müssen und daß nichts schädlicher wäre als ein befangenes Urteil über Bewegungen, die aus Landsturmkriegen mit Notwendigkeit hervorgehen. Er hat lebendiges soziales Empfinden. Der Offizier in ihm, der General und der Armeeführer, der als Thronfolger und als Kaiser in so naher Berührung mit den Truppen gewesen ist, könnte nicht begreifen, daß ein Bürger, der sein Land verteidigt, manches Ehrenzeichen auf der Brust trägt und verwundet vom Schlachtfelde gerettet wird, nicht zur Wahlurne treten und in den öffentlichen Angelegenheiten nicht mitreden dürfe, weil die Armut ihn ausschließt. Er würde die Kränkung nicht verstehen, und bei der Anschaulichkeit, die der Krieg für ihn hat, will er solche Irrtümer verhüten. Es mag für ihn nur nebensächliche Bedeutung haben, daß die Gerechtigkeit in dieser Frage von den Führern der Opposition unterstützt und vom Ministerium nicht sofort anerkannt worden ist. Er will einen Fehler nicht zulassen, und ganz abseits vom Getriebe der Parteien fordert er die Billigkeit und Nützlichkeit wegen ihres eigenen Wertes und wegen ihrer volkstümlichen Wirkungen.

Der ungarische Ministerpräsident wollte diese Maßregel ursprünglich nicht, die er jetzt nach der Aufforderung im kaiserlichen Handschreiben durchführen soll. Aber der Staatsmann der ruhigeren Stunden ist nicht selten verschieden von dem Ministerpräsidenten auf der Regierungsbank, der verärgert und verdrossen seinen Kopf aufsetzt und dort verneint, wo er bejahen müßte. Er war drei Tage in Wien und hat viel mit den Würdenträgern beider Staaten der Monarchie verkehrt. Losgelöst von den örtlichen Einflüssen im Gefechte mit feindseligen Parteien und der großen Politik zurückgegeben, mochte er einsehen, daß auch das Heldenwahlrecht keine ungarische Frage sei, sondern zusammenhänge mit den Anpassungen, die überall in der Welt an den Landsturmkrieg vorgenommen werden müssen. Die Völker Hilflosigkeit und Verlassenheit beschützt, die Witwen von der äußersten Not befreit, die Arbeiter in den Zufälligkeiten des Lebens und des Berufes eine bessere Stütze finden werden. Denn höher als die Politik der Parteien und reiner als das Ringen um die Behauptung oder die Eroberung der Macht ist das Schaffen, der Aufbau und die Werktätigkeit, welche die Gebrechen in der Gesellschaft zu heilen sucht.

Das kaiserliche Handschreiben an den Grafen Stephan Tisza ist zugleich die Entscheidung über eine Frage, die das ungarische Abgeordnetenhaus schon lange aufregt. Die meisten Länder mit parlamentarischen Regierungsformen haben den Grundsatz, daß die Minister aus einer Mehrheit hervorgehen und sie bei der Erledigung der öffentlichen Geschäfte führen sollen. Was ist jedoch eine Mehrheit mit über die Verfallszeit hinaus verlängerten Mandaten und ohne die Bestätigung des Anspruches auf das Vertrauen des Volkes durch neue Wahlen? In einigen Staaten sind, um solche Zweifel zu mildern, die Vertreter der Minderheit eingeladen worden, an der Regierung teilzunehmen. Graf Stephan Tisza hat sich grundsätzlich nicht ablehnend verhalten. Aber die Verständigung war zu schwierig und die Bedingungen der Opposition waren gegen ihn selbst gerichtet. Die Beziehungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit wurden so scharf, daß die Gerüchte über den Verlauf des Empfanges einiger Führer der Opposition beim Kaiser die Leidenschaften aufzischen ließen und der nächste Sessionsabschnitt nicht ohne Sorge erwartet wurde. Das Handschreiben öffnet die Straße zum Frieden oder mindestens zur Waffenruhe im ungarischen Reichstage. Der Kaiser anerkennt den leitenden Grundsatz des Grafen Stephan Tisza, daß die Regierung eine feste Mehrheit haben müsse. Er sieht keinen Anlaß, nach den Empfängen der Oppositionsführer sich vom jetzigen Ministerium zu trennen, das der feste Punkt bleibt. Das Kabinett aller Parteien ohne den Grafen Stephan Tisza, wie es die Führer der Opposition wollten, ist nach dem kaiserlichen Handschreiben unmöglich geworden. Die Zukunft ist niemals abgeschnitten, aber die Gegenwart wird diesem Plane versagt. Wenn die Stürme der letzten Wochen eine Krise genannt werden dürfen, geht der Ministerpräsident sicher nicht ohne Erfolg, nicht ohne Zeichen des Vertrauens und der Anerkennung für sich und die Mehrheit aus ihr hervor. Er ist einer von den Starken.

Aber die Führer der Minderheit sind nicht ohne Genugtuung. Sie haben das Heldenwahlrecht vertreten, waren Verkünder der sozialen Pflichten, an die das Handschreiben nachdrücklich erinnert. Auch spricht der Kaiser von den Leistungen und von der Haltung der ganzen Nation und so mag die an den Grafen Stephan Tisza gerichtete Kundgebung zugleich aus dem Wunsche entsprungen sein, die Stimmung der Versöhnlichkeit allgemein auszubreiten. Die Erdenschwere, die der gegenständlichen Politik immer anhaftet, kann jedoch das kaiserliche Handschreiben nicht zum vorübergehenden Tageszwecke herabziehen. Es ist so viel von der Persönlichkeit des Kaisers in diesen Zeilen, daß die Einheitlichkeit der Auffassungen sofort erkennbar wird. Europa wird überall eine Politik der breiteren